

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großsch. und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pögnitz und Taucha

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1,90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk., ohne Beleggeld, Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellsseite 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Familiennachrichten von Privaten mit 50%, Nachl. Stellenangebote 10gep. Kolonellsseite 25 Pfg., Reklameseite 2 Mk. Inserate von auswärtig: die 10gepalt. Kolonellsseite 40 Pfg., bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklameseite 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Der Kollege Goethes als Angeklagter

„Die heutige Hauptverhandlung hat ergeben, daß der Nebenkläger zum Angeklagten geworden ist“ — Schwerer Reifall Dr. Meizers (Prozeßbericht siehe 2. Beilage)

Justitia schießt unter der Binde weg

Zweierlei Maß?

Aus dem an anderer Stelle gebrachten Bericht über die Verhandlung gegen Meizer geht hervor, daß das Strafverfahren gegen ihn von der Staatsanwaltschaft von Amts wegen betrieben worden ist, obwohl für Beleidigungen grundsätzlich der Privatklageweg gegeben ist.

Wegen einer weiteren Beleidigung Meizers hat neuerdings ebenfalls die Staatsanwaltschaft das Verfahren übernommen und gegen den Genossen Rauch einen Strafbefehl erwirkt. Die Staatsanwaltschaft scheint demnach auf dem Standpunkt zu stehen, daß Beleidigungen von Stadtverordneten bei Ausübung dieser Tätigkeit im öffentlichen Interesse verfolgt werden müssen.

Um so verwunderlicher muß es erscheinen, daß die Staatsanwaltschaft es, abgesehen hat, wegen des Vorfalles vom 28. Januar 1931, bei dem der nationalsozialistische Stadtverordnete Haake unsere Genossin Hammermeister in Ausübung ihrer Tätigkeit eine „Dirne“ genannt hat, die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse zu übernehmen.

Noch verwunderlicher ist es aber, daß Herr Haake, also der Beschuldigte, wie der Beschluß ergibt, zu der doch nach pflichtgemäßem Ermessen von der Staatsanwaltschaft allein zu entschei-

henden Frage von der Staatsanwaltschaft gewissermaßen gutachtlich gehört wurde, während ein vorheriges Anhören unserer wegen Beleidigung öffentlich verfolgten Genossen niemals stattgefunden hat. Das Verhalten der Staatsanwaltschaft erweckt den Anschein, als ob bei der Beleidigung sozialdemokratischer Stadtverordneter andere Grundsätze angewendet werden.

Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß der Dezernent, Staatsanwalt Hölder, der den Entscheid in Sachen Haake unterzeichnet hat, auf ausdrückliche Anweisung und unter Druck anderer Stellen gegen seine eigene Ansicht handeln mußte.

Wir fragen das kaiserliche Justizministerium:

1. Billigt es den Beschluß der Staatsanwaltschaft Leipzig vom 30. April 1931 — 11 St. N. 198/31?
2. Entspricht der Beschluß dem Willen des Staatsanwalts Hölder, oder ist Staatsanwalt Hölder von dritter Seite — von wem? — zu diesem Beschluß veranlaßt worden?
3. Welche Stellen sind es gewesen, die beim Oberstaatsanwalt Klüber ihren Einfluß zugunsten Haakes und zugunsten der Genossin Hammermeister geltend gemacht haben?

Anständige Menschen werden es nicht verstehen, daß die Beschimpfung einer Stadtverordneten in Ausübung ihrer Tätigkeit mit dem Ausdruck „Dirne“ nicht Strafverfolgung im öffentlichen Interesse erheischt.

Weitschenhieb

Das Wahlergebnis in Oldenburg

Nach Braunschweig und Lippe ist das Ergebnis der Landtagswahlen in Oldenburg ein wichtiger Stimmungsmesser. Die Nationalsozialisten haben weitere bedeutende Fortschritte gemacht, während andererseits die Sozialdemokratie einen starken Rückschlag zu verzeichnen hat. Die Oldenburger Parteigenossen haben einen Verlust von mehr als 8000 Stimmen zu beklagen, während die Kommunisten einen Zuwachs von rund 6000 Stimmen zu verzeichnen hatten. Zwar ist die Wahlbeteiligung gegenüber der Reichstagswahl etwas geringer gewesen. Immerhin dürfte die Tatsache nicht zu verwirren sein, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wähler in die Reihen der Nationalsozialisten abgewandert ist. Die Genossen im Oldenburger Land rechneten mit einem Verlust von drei Mandaten. Das Endergebnis hat ihren Pessimismus durchaus bestätigt, während die Nationalsozialisten, die jetzt im Oldenburgischen Landtag 5 Vertreter haben — 2 Deutschnationale sind während der letzten Zeit übergetreten — ein Mehr von 14 Mandaten zu verzeichnen haben.

Die Propaganda der Nationalsozialisten hat auf die Mittelparteien geradezu verheerend eingewirkt. Die Wirtschaftspartei verschwindet völlig aus dem Oldenburger Parlament. Das Landvolk ist von vier auf einen Abgeordneten zurückgegangen. Die Staatspartei verliert von ihren fünf Mandaten vier. Nicht minder stark ist der Niedgang bei der Deutschen Volkspartei, die im kommenden Landtag nur noch mit einem Mandat vertreten ist. Die Mittelparteien wurden erbarmungslos zusammengeschlagen, und nur das Zentrum hat bemerkenswerterweise seinen Stand gehalten. Gegenüber der Reichstagswahl sind die Zentrumsstimmen nur um rund 500 zurückgegangen, was durch die geringere Wahlbeteiligung zu erklären wäre. Der gesamte südliche Teil des Oldenburger Landes war bisher eine unbestrittene Domäne der Zentrumspartei. Es sind die Ausläufer des schwarzen Ministerlandes. Die Nationalsozialisten haben alle Mittel angewandt, um in diese Domäne einzubrechen. Adolf Hitler wurde persönlich nach Cloppenburg zitiert. Seine Verammlungen haben auch einen riesenhaften Zuspruch gehabt. Das Zentrum hat nichtsdestoweniger seine Wähler zu halten vermocht.

Das starke Anwachsen der Nationalsozialisten im Oldenburger Land ist besonders beachtenswert, da Oldenburg ebendort eine starke Festung der Demokratie gewesen ist. Der Unabhängigkeitstrieb des ostfriesischen Bauern hatte eine stark ausgeprägte demokratische Tradition erzeugt. Um so bemerkenswerter ist der Umschlag, der sich nunmehr vollzogen hat. Der Bauerndemokrat in den ostfriesischen Marschen hat den Diktaturbestrebungen der Nationalsozialisten zugestimmt. Die Oldenburger Bauern, mit denen man darüber spricht, begründen das mit der wirtschaftlichen Lage, in der sie sich befinden. Insbesondere die Siedler auf dem Staatsboden im Inselnland sind gegen die hohen Lasten aufgebracht, die sie in Form von Pacht und anderen Auflagen zu leisten haben. Der Bauer aber ist das vorherrschende Element im gesamten Oldenburger Land. Darum ist das Gesamtergebnis, soweit es den Erdrutsch in den Reihen des Bürgertums betrifft, durchaus nicht verwunderlich. Die Nationalsozialisten werden als die „Retter“ angesehen. Dieser Massenpsychose wird die Enttäuschung notwendigerweise folgen müssen.

Die Nationalsozialisten hatten alle ihre Koryphäen von Mühlmeier bis Fric und Hiler nach Oldenburg gebracht. Auch die übrigen Parteien haben allerlei Anstrengungen gemacht, um den Verfall ihrer Wählermassen aufzuhalten. Die Deutschnationalen proklamieren die Parole: „Oldenburg den Oldenburgern“. Die Nationalsozialisten rechneten mit der absoluten Mehrheit im Oldenburger Parlament, so daß die Parole „Oldenburg den Oldenburgern“ etwa unter der Führung von Fric-Birmajens durchgeführt worden wäre. Ob der Heimkrieger nach seiner Niederlage in Thüringen Oldenburg dennoch beglücken darf, wird in den nächsten Wochen zu ersehen sein, da die Beamtenregierung, die Jahre hindurch mit Unterstützung des Zentrums und der Landvolkgruppen herrschte, kaum noch zu halten sein dürfte.

Oldenburgische Fragen haben in dem Wahlkampf kaum irgendwo eine beherrschende Rolle ausgeübt. Der Kampf ging um die Reichspolitik. Und auch da stand in der Hauptsache das Tributproblem in dem Vordergrund. Die Reparationen sind an allem schuld und obendrein die Marzisten. Dabei

Die Wahlen in Oldenburg

SPD Oldenburg, 18. Mai.

Im Freistaat Oldenburg wurde am Sonntag die Wahl des Landtages durchgeführt. Sie ist im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war 5 bis 10 Prozent geringer als bei der Reichstagswahl im September. Das Ergebnis der Wahl stellt sich im Lande Oldenburg und den beiden Landes-teilen Birkenfeld und Lüneburg ziffernmäßig wie folgt dar:

	Reichstags- wahlen 1930	Landtags- wahlen 1928	Mandate
Sozialdemokraten	57536	65847	11 (15)
Staatspartei	8983	13617	1 (5)
Nationalsozialisten	101490	76210	19 (3)
Kommunisten	19589	13965	3 (1)
Volkspartei	5796	13424	1 (0)
Deutschnationale	13529	14206	2 (0)
Wirtschaftspartei	4500	10027	0 (2)
Landvolk	5427	12747	1 (4)
Christlicher Volksdienst	3006	3065	0 (0)
Zentrum	48245	47729	9 (9)
Schlitzert. in Birkenfeld	5194		1

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten im Verhältnis zur Reichstagswahl noch einen Stimmengewinn erhielten. Dagegen wurden im November 1930 erst noch im Lande Oldenburg Stadtratswahlen durchgeführt. Vergleiche damit zeigen, daß in allen größeren Städten wie Oldenburg, Delmenhorst, Barel und Rühringen die Sozialdemokratie die im November erlittenen Stimmverluste wieder ganz oder zum Teil aufholte. In Rühringen gewann sie z. B. 1700 Stimmen zurück und behielt damit die in dieser Stadt bisher immer geübte absolute Mehrheit gegenüber allen bürgerlichen Stimmen.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Danzig

Weiteres Anwachsen der Nationalsozialisten

WZB Danzig, 17. Mai.

Die heutigen Kreisstadtwahlen im Freistaat Danzig brachten den Nationalsozialisten, die in den bisherigen Kreisstadtwahlen noch nicht vertreten waren, erhebliche Erfolge. Die für sie abgegebenen Stimmen überstiegen die der letzten Kreisstadtwahlen im November 1930 in den einzelnen Wahlkreisen noch um 25 bis 50 Prozent. Auch die Sozialdemokraten haben einen recht beträchtlichen Stimmengewinn zu verzeichnen, wogegen die Deutschnationalen und der

Block der nationalen Sammlung schwere Verluste erlitten haben. Auch das Zentrum und die Kommunisten haben ihren bisherigen Stand nicht ganz behaupten können. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 65 und 85 Prozent. Im einzelnen stellt sich das Ergebnis der Wahl wie folgt:

Kreis Danziger Niederung: Zentrum 1 (1), Block der nationalen Sammlung 2 (1), Nationalsozialisten 4 (0), Kommunisten 3 (3), Deutschnationale 3 (7) und ein Fischer, Sozialdemokraten 7 (7).

Kreis Danziger Höhe: Zentrum 4 (bisher 5), Block der nationalen Sammlung 1 (2), Nationalsozialisten 5 (0), Kommunisten 2 (2), Deutschnationale 3 (7), Sozialdemokraten 8 (7), Polen 1 (1).

Kreis Großes Werder: Zentrum 2 (3), Block der nationalen Sammlung 3 (3), Nationalsozialisten 5 (0), Kommunisten 3 (2), Deutschnationale 3 (7), Sozialdemokraten 8 (8).

In den drei Kreisen Danziger Höhe, Danziger Niederung und Danziger Werder erhielten Stimmen (die Zahlen in Klammern bedeuten das Ergebnis der Volksstagswahl vom November 1930):

Sozialdemokraten 19 698 (16 201), Kommunisten 6617 (7798), Block der nationalen Sammlung 4175 (9037), Deutschnationale 6723 (9198), Zentrum 6348 (8069), Nationalsozialisten 10 950 (8123), Polen 957 (1034).

Die Wahl verlief im allgemeinen ohne Zwischenfälle, abgesehen von kleineren Schlägereien, die aber keine ernsteren Folgen hatten. Bedächtig in Mierau bei Neuteich kam es zu schwereren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Schutzbündlern, wobei ein Schutzbündler durch einen Bauchschuß so schwer verletzt wurde, daß mit seinem Tode zu rechnen ist. Zwei andere Schutzbündler wurden leichter verletzt.

Gemeindewahlen in Innsbruck

WZB Innsbruck, 17. Mai.

Die Ergänzungswahl für den Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck fand heute statt. Gemäß der Innsbrucker Gemeindewahlordnung scheiden jedes zweite Jahr die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates aus und werden durch neu gewählte Mitglieder ersetzt. Der letzte Gemeinderat zählte achtzehn Sozialdemokraten, 13 Christlich-Soziale und 9 Großdeutsche. Von diesen scheideten aus neun Sozialdemokraten, fünf Großdeutsche und 8 Christlich-Soziale. Die Sozialdemokraten behaupten nach den heutigen Wahlen ihren bisherigen Besitzstand. Die Großdeutsche Volkspartei erhält vier Mandate und verliert daher eins, die Christlich-Soziale (Christlich-Soziale) erhalten 7 Mandate, gewinnen also eins.